

## Pressemitteilung

# Ernährungswende jetzt: Neue Bundesregierung muss handeln!

**Ein breites Bündnis aus Ernährungs-, Gesundheits- und Umweltorganisationen drängt auf eine zukunftsfähige Ernährungspolitik – bevor die Kosten für Gesellschaft und Wirtschaft weiter steigen.**

Berlin, 17. März 2025 – Anlässlich der Koalitionsverhandlungen fordern 12 Organisationen des Bündnisses #ErnährungswendeAnpacken eine zügige und konsequente Umsetzung ernährungspolitischer Maßnahmen. Andernfalls drohen erhebliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Kosten in den Bereichen Gesundheit, Umweltschutz und soziale Teilhabe.

Die Organisationen warnen: Grundnahrungsmittel werden immer teurer, ohne dass die Preise einen wesentlichen Beitrag zur Deckung der Produktionskosten auf den Höfen leisten. Eine gesunde und nachhaltige Ernährung muss für alle Verbraucher:innen leistbar sein und zur einfachsten Wahl werden. Bereits verursachte ökologische, wirtschaftliche und soziale Kosten des Ernährungssystems und zukünftige Kosten der notwendigen Transformation müssen vom Verursacher getragen werden und dürfen nicht einfach auf die Verbraucher:innen, einzelne Produzent:innen und das Lebensmittelhandwerk verschoben werden.

Das Bündnis #ErnährungswendeAnpacken priorisiert sechs Handlungsfelder:

1. **Die Stärkung einer pflanzenbetonten Ernährung und Landwirtschaft** durch eine priorisierte Förderung von kurzen Lieferwegen, regionalen Verarbeitungs- und Versorgungsstrukturen und eine schnelle Fertigstellung und Umsetzung der angekündigten Proteinstrategie.
2. **Eine Neuausrichtung der Lebensmittelbesteuerung und gesetzlichen Einordnung von Grundnahrungsmitteln** ausgerichtet auf gesunde, pflanzenbasierte, klimafreundliche und nach Bio-Standard erzeugte Nahrungsmittel im Sinne der Empfehlungen des Bürgerrates und der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE).
3. **Die Umsetzung des Rechts auf angemessene Nahrung als Teil der Daseinsvorsorge** durch die Gewährleistung von angemessenen Sozialleistungen, Ernährungsangeboten, fairen Arbeitsbedingungen, der Lieferkettensorgfaltspflicht entlang der gesamten Wertschöpfungskette und der Einrichtung einer Preisbeobachtungsstelle für Lebensmittel mit entsprechender Beschwerdekompetenz.
4. **Verbesserte Gemeinschaftsverpflegung in Schulen, Kitas, Pflegeheimen, Krankenhäusern und Betriebskantinen** nach DGE-Qualitätsstandards und mit einer sukzessiven Erhöhung des Bio-Anteils auf 50 % bis 2030. Eine beitragsfreie und qualitativ hochwertige Kita- und Schulverpflegung muss bundesweiter

Standard werden, wobei der Bund mindestens die Hälfte der Kosten übernehmen sollte.

5. **Eine aktive Gestaltung von gesunden Ernährungsumgebungen** auch durch verbindliche Rahmenbedingungen für die Bereiche Lebensmittelwerbung, Kennzeichnung, Nachhaltigkeit und Reduktionsziele für Zucker, Fett und Salz.
6. **Bilanzierung der Auswirkungen unserer Ernährungsgewohnheiten auf Umwelt, Gesundheit und Sozialverträglichkeit** durch nachvollziehbares und transparentes Monitoring

#### **Das Positionspapier wird getragen von:**

1. Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. (KLUG)
2. Deutsche Gesellschaft für Ernährungsmedizin e.V. (DGEM)
3. Deutsches Netzwerk Schulverpflegung e.V. (DNSV)
4. Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)
5. Gütegemeinschaft Ernährungs-Kompetenz e.V.
6. Institute für Welternährung e.V. (IWE)
7. Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)
8. Netzwerk der Ernährungsräte e.V.
9. Physicians Association for Nutrition (PAN)
10. Slow Food Deutschland e.V.
11. Verband der Diätassistenten Deutscher Bundesverband e.V. (VDD)
12. Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)

#### **Pressestelle vzbv**

030 25800 525  
presse@vzbv.de